

Bern, September 2020

## Protokoll des Parteitages

<b>Datum, Zeit</b>	Samstag, 22. August 2020, 10.15 – 13.00
<b>Ort, Raum</b>	Mehrzweckhalle Räberhuus, Niederbipp
<b>Präsenz</b>	68 Stimmberechtigte Personen
<b>Absolutes Mehr</b>	35 Stimmen
<b>Protokollführung</b>	Zora Schindler



<b>1</b>	<b>Eröffnung und Begrüssung</b> .....	<b>2</b>
<b>2</b>	<b>Wahlen zum Parteitag</b> .....	<b>4</b>
2.1	StimmzählerInnen.....	4
2.2	Mandatsprüfungskommission.....	4
2.3	Wahlbüro .....	4
2.4	Tagesbüro .....	4
<b>3</b>	<b>Genehmigungen</b> .....	<b>4</b>
3.1	Tagesordnung .....	4
3.2	Geschäftsordnung .....	4
3.3	Protokoll des Parteitages vom 04.12.2019.....	4
<b>4</b>	<b>Initiative für eine kantonale Elternzeit</b> .....	<b>5</b>
<b>5</b>	<b>Parolen für die Abstimmungen vom 27.09.2020</b> .....	<b>8</b>
5.1	Begrenzungsinitiative .....	8
5.2	Steuerliche Berücksichtigung der Kinderdrittbetreuungskosten .....	9
5.3	Indirekter Gegenvorschlag zur Vaterschaftsinitiative “.....	9
5.4	Beschaffung neuer Kampfflugzeuge .....	10
5.5	Jagdgesetz.....	10
<b>6</b>	<b>Finanzgeschäfte</b> .....	<b>11</b>
6.1	Bericht Geschäftsprüfungskommission .....	11
6.2	Jahresrechnung 2019 und Décharge-Erteilung .....	12
6.3	Finanzplan 2021-23 und Festsetzung der Mitgliederbeiträge .....	12
<b>7</b>	<b>Statuten</b> .....	<b>12</b>
<b>8</b>	<b>Geschäftsprüfungskommission</b> .....	<b>13</b>
<b>9</b>	<b>Resolutionen</b> .....	<b>13</b>
<b>10</b>	<b>Verschiedenes</b> .....	<b>13</b>
<b>11</b>	<b>Schluss des Parteitages</b> .....	<b>13</b>

# 1 ERÖFFNUNG UND BEGRÜSSUNG

**Matteo Langenegger**, Vizepräsident der SP Kanton Bern begrüsst zum ersten Parteitag nach Corona, dem ersten Parteitag dieses Jahr. Wir wurden von der SP Jurasüdfuss eingeladen. Matteo übergibt direkt an die GastgeberInnen für die Grussbotschaft der SP Jurasüdfuss.

**Jürg Egger**, Gemeinderat Oberbipp, **Marcel Meister**, Gemeinderat Attiswil und **Sophie Ramseier**, Gemeinderatskandidatin Niederbipp begrüssen die Anwesenden im Drehkreuz der Schweiz und Europas. Hier gibt es gute Infrastruktur mit Tagesschulen, KiTas, Schulsozialarbeit und Altersheimen. Am Jurasüdfuss gibt es 10 Gemeinden, 15'000 Einwohnende, verteilt auf Gemeinden von 220 bis 5200 Einwohnende. Hier kann man eins zu eins das Asterix-Feeling erleben: Das Gärtlidenken und Verteidigen der Gemeindepfründe sind ständige politische Begleiter. Politische Zusammenarbeit ist in 90 Prozent der Fälle nur ein Wort, keine Tat.

Wir sind im einzigartigen nördlichen Teil des Oberaargaus im Kanton Bern. Es ist eine zentrale Lage: seit der Frühgeschichte durchqueren Menschen die Region zwischen den Hauptmetropolen der Schweiz und Europas. Man merkt das an der Autobahn, der Eisenbahn und an der Einflugschneise des Flughafens Basel Mulhouse. Grenzen spielen hier im Privaten keine Rolle: Es gibt Nachbargemeinden im Solothurnischen, die meisten arbeiten ausserkantonale, in Zürich, Luzern, Basel oder eben Solothurn. Im Jurasüdfuss sind sie stolze Pioniere des grenzüberschreitenden Baus: Es gibt hier Industriegebäude, die gleichzeitig in zwei Kantonen liegen.

Es gibt also eine gute Infrastruktur hier, weswegen die Bevölkerung in der Region wächst – was diese wiederum nicht nur gut findet. Das bedingt nämlich grossbauliche Investitionen in Schulen, Infrastruktur und Verkehr. Schulraum beispielsweise ist für gegen 55'000'000 CHF geplant. Eine Herausforderung ist auch der zunehmende Individualverkehr in den Dörfern.

Der Jurasüdfuss ist auch eine Spa- und Kulturregion: Es gibt ein vielseitiges Angebot, man ist eine Minute weg von der Hektik und mitten im Spa-Bereich: Wälder und Felder, Wangen an der Aare und

Wiedlisbach, Oberbipp hat einen Dorfkern von nationaler Bedeutung. Es gibt ein Dolmengrab, die Aare, mit schönen Wanderwegen und Aussichtspunkten sowie kulinarischen Überraschungen. Ein kleiner Teil davon ist der geniale und innovative Künstlerweg Attiswil. Oder man kann in einem von über 500 Vereinen mitarbeiten: von Guggen oder dem «choeur à coeur» über Theatergruppen bis hin zum Schwingerklub.

Ein Herzlicher Dank an alle, die sich täglich für die SP engagieren, der SP Kanton Bern für das Vertrauen, den Parteitag hier durchzuführen und allen HelferInnen für die geleistete Arbeit. Es gibt Gipfeli und Kaffee, die von den Gemeinden Niederbipp, Oberbipp, Attiswil und Wiedlisbach gestiftet wurden. Die SP Jurasüdfuss wünscht allen einen zufriedenen APteitag, habet Sorg zu euch und euren Angehörigen.

**Ueli Egger**, Co-Präsident der SP Kanton Bern eröffnet den Parteitag.

Liebe Genossinnen und Genossen Chères et chers camarades

Soyez les bienvenu(e)s ici à Niederbipp, et un grand merci à vous toutes et tous d'être venu(e)s à notre congrès et de montrer où même manifester votre engagement pour un canton de Berne plus social et plus humain. Seid alle herzlich willkommen an unserem heutigen Parteitag hier in Niederbipp! Es freut mich, dass ihr trotz oder gerade wegen der besonderen Umstände uns hier am Parteitag mit eurer Anwesenheit unterstützt. Besonders begrüssen möchte ich unseren Regierungsrat Christoph Ammann und Maurane Riesen und Gilles Marchand vom PSA, die heute als Gäste unter uns weilen. Ein besonderer Dank gebührt natürlich der SP Jurasüdfuss, die diesen Anlass organisierte und uns durch Marcel Meister, Sophie Ramseier und Jürg Egger mit drei spannenden und launigen Begrüssungen hier in Niederbipp willkommen hiess. Doch bevor wir mit

unserem Parteitag fortfahren, möchte ich eines Mannes gedenken, der die SP über Jahrzehnte prägte und der vor zwei Tagen verstorben ist: Helmut Hubacher. Mit seiner Energie, seiner geistigen Frische und seinem nie erlahmenden Kampfgeist war er für uns ein Vorbild, ein Kämpfer für soziale Anliegen - auch während des kalten Krieges -, hart mit seinen politischen Gegnern und herzensgut zu seinen politischen Freunden und den sozial Schwachen. Ich bitte euch, euch zu Ehren von Helmut Hubacher zu erheben.

Der Parteitag hält eine Schweigeminute für Helmut Hubacher.

Uns, die sozialdemokratische Partei, braucht es mehr denn je. Die Corona-Krise hat es uns deutlich vor Augen geführt: Unsere Gesellschaft braucht einen starken Staat, einen starken und sozialen Staat, einen Staat mit sozialen und sozialkompetenten Führungskräften. Alain Berset, Simonetta Sommaruga, Hans Stöckli, Christoph Ammann und Evi Allemann profilierten sich auf nationaler und kantonaler Ebene als fähige Leitfiguren beim Bewältigen der Corona-Krise. Aber auch in unseren Städten und Gemeinden und natürlich in allen sozialen Institutionen zeigten sich SP Politikerinnen und Politiker von ihrer besten Seite. Wir brauchen aber nicht nur einen starken Staat, sondern auch eine solidarische Gesellschaft. Eine Gesellschaft, in der Solidarität nicht schon beim Händeklatschen für das Pflegepersonal aufhört. Es braucht mehr als Applaus für all die Menschen, die in den verschiedensten Berufen und Funktionen Grossartiges beim Bewältigen der Coronakrise leisteten und immer noch leisten. Wir brauchen mehr denn je eine Solidarität zwischen Jungen und Alten, Armen und Reichen, Gesunden und Kranken, Starken und Schwachen, mit gerechten Löhnen und gerechten Steuern für alle! Dafür wollen wir weiter kämpfen, dafür braucht es uns alle und dafür stellen wir heute erste Weichen. In den nationalen Abstimmungen vom 22. September, aber auch in den Wahlen in verschiedenen Städten und Gemeinden gilt es den sozialen Schwung auszunutzen und den Einfluss der SP auszubauen. In den Schoss fallen wird uns nichts. Wie bereits gesagt: Es braucht den vollen Einsatz von uns allen, damit wir die Chancen packen, die uns die aktuelle Situation bietet. Um diesen Schwung zu unterstützen, diskutieren wir heute die Initiative zur Berner Elternzeit. Damit kommen wir zum Tagesgeschäft und ich übergebe wieder an Matteo.

## 2 WAHLEN ZUM PARTEITAG

### 2.1 StimmzählerInnen

Es werden vorgeschlagen und gewählt:

	StimmzählerIn	Ersatz
Tischreihe 1 und Bühne	Adrian Bass	Odilo Abgottspann
Tischreihe 2	Marius Ley	Lea Meister
Tischreihe 3	Marc Huder	Ursulina Huder
Tischreihe 4	Stephie Staub	Margrith Beyeler
Tischreihe 5	Lena Allenspach	Tobias Ochsenbein

### 2.2 Mandatsprüfungskommission

Es werden vorgeschlagen und gewählt: Kathrin Meister (GPK), Angelika Neuhaus (GPK) und Karin Amatucci (Sekretariat).

### 2.3 Wahlbüro

Das Wahlbüro wird gemäss Statuten eingesetzt. Es besteht aus den StimmzählerInnen sowie David Stampfli als Präsident.

### 2.4 Tagesbüro

Das Tagesbüro wird gemäss Statuten eingesetzt. Es besteht aus Ueli Egger, Tanja Bauer, Matteo Langenegger, Cédric Némitz, Elisabeth Striffeler und den StimmzählerInnen.

Für Wortmeldungen muss wie immer vor dem entsprechenden Traktandum ein Formular ausgefüllt und bei Elisabeth Striffeler abgegeben werden.

## 3 GENEHMIGUNGEN

### 3.1 Tagesordnung

Die Tagesordnung wird wie vorgeschlagen genehmigt.

### 3.2 Geschäftsordnung

Die Geschäftsordnung wird wie vorgeschlagen und genehmigt.

### 3.3 Protokoll des Parteitages vom 04.12.2019

Das Protokoll wird genehmigt.

## 4 INITIATIVE FÜR EINE KANTONALE ELTERNZEIT

Nachdem der Parteitag letzten Dezember den Auftrag gegeben hat, eine Elternzeit-Initiative auszuarbeiten, hat die AG Elternzeit hart daran gearbeitet. Deshalb können wir heute über die Lancierung entscheiden.

**Sandra Künzi**, Spoken-Word-Autorin aus Bern zbnD Präsidentin Verband Theaterschaffende Schweiz, leitet in das Thema ein.

Wollen das die Männer wirklich, eine Elternzeit? Da gibt es immer ein Misstrauen. Denn mit einer Elternzeit haben Männer und Frauen die gleichen Probleme: Ist ein Kind erst einmal da, fliegt die Leitungsposition mit den Dreckwindeln in den Müll. Das gute an der Initiative ist, dass man die sechs Wochen noch weglügen kann und nicht zugeben muss, dass man Vater geworden ist.

Wir diskutieren aktuell ja nicht nur die Elternzeit-Initiative, sondern auch den Vaterschaftsurlaub. Die Gegner sagen, der Vaterschaftsurlaub bedeutet den Verlust der elterlichen Verantwortung. Klar denken die das, denn «Eltern» sind in ihren Auen nur «Mütter» und die gehen plötzlich saufen oder fremd, während ganzen 14 Tagen in den prägendsten Jahren des Kindes. Und dann werden diese Kinder alle Linke, was wiederum Rieseprobleme für die Gegner des Vaterschaftsurlaubs bringt, darum sind sie dagegen.

Niederbipp erinnert etwas an Brugg AG und dort muss die SVP ja gerade entscheiden, ob sie Heer oder Chiesa wählen wollen, schwierig! Chiesa war vor Corona noch für einen Vaterschaftsurlaub. Also er hatte ein persönliches Problem: Eigentlich möchte er eine traditionelle Familie, wegen der Zuwanderung muss die Frau aber trotzdem arbeiten gehen. Und bei Heer, da findet die Tochter nicht alles gut, was der Vater macht. Er sagt dazu, er habe sie halt zum selberdenken erzogen.

Kurz zusammengefasst: Die Elternzeit stärkt die Bindung zwischen Mann und Meersäuli, Frau und Wirtschaft und darum Allez hopp!

Matteo dankt Sandra Künzi und übergibt das Wort für die Vorstellung unserer Initiative.

**Tanja Bauer**, Vizepräsidentin und Grossrätin SP Kanton Bern, und **Maurane Riesen**, Grossrätin PSA, stellen die Initiative als Mitglieder der AG Elternzeit vor.

Danke an Sandra Künzi, die daran erinnert, dass eine Elternzeit eben nicht Ferien sind. Es gibt immer wieder diese Fragen: Wird eine Elternzeit denn nicht missbraucht? Sind das nicht Ferien? Aber alle, die sich jemals um eines oder mehrere Kinder und Babys gekümmert haben, wissen natürlich: Sogar Ferien sind streng, wenn Kinder dabei sind. Dass wir immer von Ferien reden, wenn es um Elternzeit geht, zeigt, dass die Schweizer Familienpolitik noch in den Kinderschuhen steckt und weit davon entfernt ist, was andere bereits erfolgreich machen. Denn natürlich ist es nicht unsere Erfindung!

Wir stimmen bald national über einen Vaterschaftsurlaub von zwei Wochen ab. Das ist ein wichtiger erster Schritt – aber eben ein erster Babyschritt in die richtige Richtung. So ein erster Schritt ist schwierig. Und noch nie hat ein Erwachsener einem Baby danach gesagt «Jetzt warten wir ein paar Jahre bis zum zweiten Schritt». Nein, alle sagen immer «Noch einmal!» Und so wollen wir es auch machen.

Wie sieht die Initiative aus? Sie basiert auf dem nationalen Modell der eidgenössischen Kommission für Familienfragen: Wir fordern 24 Wochen Elternzeit zusätzlich zu den eidgenössischen 14 Wochen Mutterschaftsversicherung und, je nach Abstimmungsergebnis, den zwei Wochen Vaterschaftsurlaub. Es soll möglich sein, diese 24 Wochen aufzuteilen: Dabei sind je sechs Wochen fix für die Elternteile reserviert, zwölf Wochen frei verfügbar. Bezogen werden kann die Elternzeit bis zum Schulbeginn, also gemäss HarmoS bis zum vierten Lebensjahr.

Studien und die Erfahrung in anderen Ländern zeigen, dass die Elternzeit so lange sein muss für eine positive Auswirkung. Denn erst ab dann wird die unbezahlte Arbeit der Mütter entlastet. Es

handelt sich um eine Massnahme zur Unterstützung der Familie, eine Massnahme für Mütter. Denn so sind Väter nicht nur Feierabendpapis. Ihr familiäres Engagement wird weniger bestraft, sie haben eine bessere Bindung zu ihren Kindern und auch die Hausarbeit wird besser aufgeteilt.

Die häufigste Frage ist: Wie wollen wir das bezahlen? Heute bezahlen das die Eltern, vor allem die Mütter. Und das hat auch Kosten für Gesellschaft: Wir haben einen Fachkräftemangel, es gibt Probleme bei den Sozialversicherungen, beispielsweise führen die niedrigen Renten von Frauen vermehrt zu Ergänzungsleistungen, und es gibt auch gesundheitliche Auswirkungen. All das wird durch eine Elternzeit verbessert UND die Frauen bleiben in ihrem Beruf in einem höherem Pensum, zahlen also auch mehr Steuern.

Warum gehen wir das Thema kantonal an? National geht es zu langsam vorwärts. Vier Wochen Vaterschaftsurlaub waren zu viel, der Bundesrat wollte zuerst gar keinen gewähren und sogar beim jetzigen Kompromiss von zwei Wochen wurde noch das Referendum ergriffen. Darum wollen wir jetzt Druck machen.

Zudem sind die Kantone zuständig für die Familienpolitik und die Vereinbarkeit von Beruf und Familie. Andere Kantonalparteien haben schon solche Initiativen lanciert, in Zürich wurde sie schon eingereicht. Wir sind also nicht allein. Dadurch erhöht sich auch der Druck auf die kantonale Ebene. Auch bei AHV und dem Frauenstimmrecht sind die Kantone vorweggegangen. Fortschritte sind im Föderalismus besser möglich, wenn sie auf kantonaler Ebene angegangen werden. Für den Kanton Bern ist eine Elternzeit zudem ein Standortvorteil auf dem Fachkräftemarkt und eine wirkungsvollere Alternative zum ständigen Steuerwettbewerb. Mit der Elternzeit stärken wir den Kanton Bern ohne die anderen Kantone zu schwächen.

Und zum Schluss noch: Im Kanton Bern machen wir selten kantonale Initiativen, eher ergreifen wir ein Referendum. Das liegt daran, dass das Unterschriftenquorum im Kanton Berns sehr hoch liegt, nämlich bei 15'000 Stimmen in sechs Monaten, 17'000 braucht es zur Sicherheit. Wir können stolz sein, dass wir initiativfähig sind. ABER es ist Corona, es wird diesmal schwieriger sein, die Unterschriften zu sammeln. Es braucht alle, die mitmachen und Support liefern. Die Mitglieder, der Parteitag ist die Kantonalpartei, es gibt keine geheimen Reserven für die Unterschriftensammlung. Wir brauchen darum die Unterstützung von allen, damit wir ab September mit Vollgas Unterschriften sammeln können.

Das Mikrofon ist geöffnet für Fragen an Tanja und Maurane:

**Tobias Ochsenbein**, SP Altstadt-Kirchenfeld

Wenn die Wochen nicht klar auf die Eltern verteilt sind, kommt sofort das Gegenargument, dass viel Mehr Frauen Elternzeit beziehen als Männer. Warum wurde dieser Weg gewählt?

**Tanja Bauer**: Es handelt sich um eine sozialpolitische Massnahme und wir stützen uns auf das Modell der eigenössischen Kommission für Familienfragen. Die Ausgestaltung hat deshalb zwei Pfeiler: Wir wollen mit der Elternzeit zu einem moderneren Familienbild beitragen und möglichst viele Eltern sollen die Elternzeit beziehen (können). Dazwischen abzuwägen ist nicht gerade einfach. Deswegen gibt es nun einen fixen Teil, sechs Wochen pro Elternteil, und zwölf Wochen, die frei aufteilbar sind. So kann sich jedes Paar nach seiner Situation organisieren, die Elternzeit wird zu einem grösseren Teil bezogen und es wird verhindert, dass weiterhin alleine die Frauen die unbezahlte Arbeit erledigen. Das Lenken und die Realität wurden also bei der Formulierung beide einbezogen.

**Adrian Wüthrich**, SP RV Oberaargau

Wir stimmen am 27. September Schweizweit über zwei Wochen Vaterschaftsurlaub ab. Die SVP fragt Adrian als Komiteepäsident «Vaterschaftsurlaub ja!» immer, «Was willst du danach?» Im Moment kann er natürlich keine Antwort geben, weil das sonst als Gegenargument für die Vorlage

verwendet wird. Aber natürlich muss die Diskussion danach weitergehen, die zwei Wochen Vaterschaftsurlaub sind lediglich ein gesamtgesellschaftlicher Kompromiss. Darum ist Adrian sehr froh, dass die SP Kanton Bern diese Initiative lanciert. Hier kann er das sagen: Nach der Abstimmung wird diese Diskussion auch auf nationaler Ebene sofort folgen, das Komitee ist bereits an den Vorbereitungen.

Die Form einer einfachen Anregung ist sinnvoll, über die Details sollen Regierungsrat und der Grosse Rat entscheiden. Aber es ist an uns, die Diskussion anzustossen, damit das Thema aufs Tapet kommt. Es braucht diese Initiative und Adrian begrüsst sie und wird sie selbstverständlich unterstützen.

**Maurane Riesen:** Es ist wichtig, dass der Vater fix gebuchte Wochen hat, das hat sich in anderen Ländern gezeigt. Gleichzeitig ist es für die Gleichstellung auch wichtig, dass z.B. die Frau mehr auswärts arbeitet. Unser Vorschlag ist an das gelebte Familiensystem anpassbar.

**Ursulina Huder, SP Steffisburg**

Ursulina ist inhaltlich einverstanden, die Initiative ist toll und sehr gut. In der SP Steffisburg wurde der Umgang mit der Initiative diskutiert. Die Sektion hat entschieden, dass sie das nicht machen. Nicht wegen des Inhalts, sondern weil bei ihnen viele grosse Unternehmen Kurzarbeit anmelden mussten und die Leute in grosser Sorge sind. Dagegen, in dieser Stimmung Unterschriften sammeln für einen Ausbau des Sozialstaats, gab es Bedenken. Die Sektion will sich nicht angreifen lassen. Sie sind nicht gegen die Initiative, sondern gegen den Zeitpunkt und werden aus diesem Grund Nein stimmen.

**Tanja Bauer:** Es ist verständlich, dass es schwierig sein kann und die Initiative nicht überall gut ankommen wird. ABER viele grosse und vor allem Gewinn schreibende Unternehmen haben bereits heute grosszügige Regelungen für Eltern, Novartis, um nur ein Beispiel zu nennen. Das machen sie nicht, weil sie karitativ sind, sondern weil es ihnen einen Vorteil auf dem Arbeitsmarkt bringt. So bleiben ihnen Arbeitnehmende, besonders Mütter, auch nach der Geburt ihrer Kinder erhalten, weil sie den Job nicht aufgeben.

Was wir wollen ist eine kantonale Versicherung. Und davon haben die Unternehmen etwas: Denn klar kostet eine Elternzeit etwas, aber der Kanton Bern wird durch die zunehmende Arbeitstätigkeit von Müttern auch mehr Steuereinnahmen generieren. Deshalb ist klar, dass der Kanton zumindest einen Teil der Kosten übernehmen. Dadurch hat der Kanton Bern einen Vorteil auf dem Fachkräftemarkt, denn die Leute wollen kommen und bleiben länger an ihrer Stelle.

Ausserdem ist Elternzeit auch ein volkswirtschaftliches Anliegen. Klar hat es auch eine gesundheitliche und eine gesellschaftspolitische Dimension, aber letztlich dient sie vor allem den Unternehmen: die gesamtheitliche Versicherung für alle, nicht nur die Angestellten der reichen Unternehmen. Und es geht eben nicht um Mehrkosten. Und gerade nach Corona ist klar: Diese Kosten fallen heute bereits an, sie werden nicht neu generiert. Bisher bezahlen sie die Haushalte, besonders die Mütter. Der jetzige Zustand ist schlecht für die gesamte Gesellschaft. Die Haushalte sind durch Corona gebeutelt, die Kaufkraft ist gesunken. Eine Elternzeit, in der ein Teil der Gratisarbeit aus den Familien von der öffentlichen Hand übernommen wird, ist eine gute volkswirtschaftliche Lösung, die dem ganzen Kanton zugutekommt, kein Ausbau des Sozialwesens.

Matteo Langenegger erinnert daran, dass der Parteitag letzten Dezember den Auftrag erteilt hat, eine Initiative aufzugleisen. Zudem wird die RednerInnenliste nach Odilo geschlossen.

**Odilo Abgottspon, SP Länggasse-Kirchenfeld**

Eine formale Frage: Die Arbeitsgruppe hat sich für die Form einer einfachen Anregung entschieden, nicht einen ausformulierten Gesetzestext. Warum wurde das so gewählt.

**Maurane Riesen:** Unser Ziel war, dass die Form unangreifbar sein muss. Es gibt Sachen, die eidgenössisch geregelt sind, andere sind kantonal möglich. Wir haben den Initiativtext so verfasst, dass die Initiative nicht anhand eines Details zurückgewiesen werden kann. Trotzdem haben wir die zentralen Punkte möglichst präzise formuliert, die Anzahl Wochen oder die fixen Wochen pro Elternteil beispielsweise.

**Matteo Langenegger** dankt Tanja und Maurane sowie der gesamten AG Elternzeit für ihre grosse Arbeit. Den ersten Schritt haben wir am Parteitag 2019 gemacht, als der Parteitag beschloss, eine Initiative zu lancieren.

**Abstimmung,** es wird ausgezählt

**Antrag GL:** Die Initiative für eine kantonale Elternzeit lancieren und mit dem Sammeln beginnen

**Abstimmung:** Der Parteitag entscheidet sich mit 60 JA zu drei Nein bei einer Enthaltung für die Lancierung der Elternzeit-Initiative.

**Matteo** freut sich, das Projekt gemeinsam mit allen Mitgliedern umsetzen, den wir sind DIE soziale Kraft im Kanton Bern. Diese Initiative zu sammeln schaffen wir nur, wenn wir alle am gleichen Strick ziehen. Darauf freuen wir uns!

## 5 PAROLEN FÜR DIE ABSTIMMUNGEN VOM 27.09.2020

### 5.1 Begrenzungsinitiative

**Hans Stöckli,** Ständerat SP, stellt die Vorlage vor.

Die Parolenfassung für die Begrenzungsinitiative ist für unsere Partei einfach: Der Nationalrat stimmte mit 142:50 Stimmen bei zwei Enthaltungen dagegen, im Ständerat waren es 37 Sein-Stimmen, nur ein paar SVP-Vertretungen waren dafür.

Es geht darum, dass der Bundesrat den Auftrag erhält, mit der EU einen Ersatz für die Personenfreizügigkeit auszuhandeln und wenn das nicht klappt die Personenfreizügigkeit ohne Ersatz zu kündigen. Und damit wäre der Inhalt fast schon egal, denn die Form geht gar nicht.

Die Annahme würde bedeuten, dass der bilaterale Weg gescheitert ist. Denn mit der Personenfreizügigkeit würden automatisch alle Abkommen der Bilateralen 1 gekündigt.

Zudem: die EU macht 50 Prozent unseres Aussenhandels aus, von fünf CHF im Export werden zwei in der EU verdient, in der Exportbranche arbeiten 800'000 Menschen. Umso schlimmer ist, dass die Initiative keine Alternative vorschlägt – wir wissen also nicht, was sie will. Zurück zum Kontingentsystem ja, aber die Gestaltung unserer Beziehungen zur EU bleiben offen. Gerade nach Corona, das viele Unsicherheiten mit sich gebracht hat, ist es dumm, noch mehr Unsicherheit zu wählen. Wir sind also klar gegen die Initiative.

Ein besonders wichtiges Argument sind die frankierenden Massnahmen (FlaM). Die Initiative will das Saisonierstatut zurückholen, die FlaM würden gekündigt. Denn die Begrenzungsinitiative richtet sich zum einen gegen die EU, zum andren explizit gegen die FlaM. Damit sind Tür und Tor offen für unsägliche Arbeitsbedingungen, die fünftägige Meldepflicht von Stellen etc. alles Gewonnene würden wir wieder verlieren – den Arbeitnehmendenschutz könnten wir auch nicht mehr verteidigen. Darum braucht es ein klares NEIN zur Kündigungsinitiative!

Es gibt keine weiteren Wortmeldungen. Darum geht der Parteitag zur Abstimmung über:

**GL-Antrag:** NEIN-Parole

**Abstimmung:** Der Parteitag beschliesst einstimmig die NEIN-Parole.

## 5.2 Steuerliche Berücksichtigung der Kinderdrittbetreuungskosten

**Flavia Wasserfallen**, Nationalrätin SP, stellt die Vorlage vor.

Der Titel dieser Abstimmungsvorlage ist irreführend, oder neudeutsch fake. Die ursprüngliche Idee war es tatsächlich, die Vereinbarkeit zu fördern, indem Eltern, die ihre Kinder fremdbetreuen lassen, mehr Kinderdrittbetreuungsabzug geltend machen können. Soweit so gut, die SP hat dieser Idee, die etwa 10 Millionen jährlich gekostet hätte, zugestimmt.

Dann kamen die Wahlen 2019 und Herr Kutter von der CVP mit einem Einzelantrag im Parlament in allerletzter Minute: Es sollte der allgemeine Kinderabzug erhöht werden, von 6500 CHF auf 10'000 CHF: Das Parlament entschied, ohne Diskussion, ohne Kenntnisse der Auswirkungen. Und kurz vor den Wahlen fand sich auch eine Mehrheit für das Vorhaben: Sie schrieben sich ein Geschenk für Familien mit Kindern auf die Fahne – das klingt gut, ist aber ein Bschiss: Neu kostet die Vorlage 380 Millionen – und für wen? 44 Prozent der Familien mit Kindern bezahlen gar keine Bundessteuern, die sehen also nichts davon. Vom Rest erhalten vor allem die absoluten Topverdienenden ein Goodie, mehr aber auch nicht: Ein Paar, das 200'000 CHF im Jahr verdient, zahlt 260 CHF weniger Steuern pro Jahr. Bei einem Einkommen von einer halben Million sind es 910 CHF. Wie Jacqueline Badran gerne sagt: ein halbes Gucci-Täschli.

Wir müssen diese Abstimmung gewinnen und wir haben noch einen Monat Zeit, um die Leute zu überzeugen. Das Fiskaldefizit kostet uns alle und dient nur den Reichsten. Flavia ist stolz, dass wir das Referendum ergriffen haben und sicher. Es ist eine Steuersubvention für die Superreichen unter dem Deckmantel der Familienpolitik. Und die Umfragen zeigen, dass wir es schaffen können, wenn wir aufzeigen: Das ist die falsche Familienpolitik zum falschen Zeitpunkt.

Es gibt keine Wortmeldungen.

**GL-Antrag:** NEIN-Parole

**Abstimmung:** Der Parteitag beschliesst einstimmig die NEIN-Parole.

## 5.3 Indirekter Gegenvorschlag zur Vaterschaftsinitiative “

**Adrian Wüthrich**, Präsident des Komitees «Vaterschaftsurlaub jetzt!», stellt die Vorlage vor.

Eine Zweidrittelmehrheit im Parlament war für den Gegenvorschlag von zwei Wochen Vaterschaftsurlaub – das zeigt: Wir können gewinnen. Und dann könnten bereits am 1. Januar 2021 garantiert alle Väter 10 Tage Vaterschaftsurlaub beziehen. Soviel anerkennt auch der Bundesrat. Das zeigt uns: Ja, es braucht einen Vaterschaftsurlaub.

Das Anliegen kann auf eine breite Unterstützung zurückgreifen: So ist auch die SVP VD im Komitee, der Baumeisterverband und auch die Berner FDP hat die Ja-Parole ergriffen. Ein paar Ewiggestrige haben aber sogar gegen diese zwei Wochen das Referendum ergriffen.

Dabei liegen die Argumente dafür auf der Hand: Väter wollen Verantwortung wahrnehmen. Da es gegenwärtig keinen gesetzlichen Vaterschaftsurlaub gibt, wird das Modell der Mutter die zuhause bleibt, und des Vaters, der ins Büro fährt, unterstützt. Klar wollen wir eine staatlich verordneten Vaterschaftsurlaub. Bisher hat der Staat schliesslich auch verordnet, dass die Väter nicht schauen sollen. Und das wollen wir ändern.

Die Gesellschaft ist nur so stark wie die Familien. Entsprechend sind Investitionen in die Familien Investitionen in die Schweiz. Dabei kostet die Vorlage nicht nur, das Vorgehen ist gut organisiert (anders als beim Kinderabzugs-Bschiss): Für die Erwerbsersatzordnung entstehen 200 Millionen

Kosten, die wie bei der Mutterschaftsversicherung über Lohnbeiträge finanziert werden. Darauf reagieren einige empört, dabei steigen die Abgaben gerade einmal von 0.45% auf 0.5%. Weil die EO Reserven hat, hat der Bundesrat bereits zugesagt, dass die Erhöhung erst per 2022 erfolgen soll. Diese Reserven sind entstanden, weil das Militär die Dienstage gesenkt hat, heute sind es 15 Tage weniger. Die Wirtschaft profitiert jetzt von diesen Veränderungen. Nun sollen aber stattdessen die Männer diese Zeit nutzen können, um bei ihren Familien zu sein.

Es gibt kein Land in Europa, das weder Vaterschaftsurlaub noch Elternzeit kennt. Die EU wird in ein bis zwei Jahren alle Mitgliedstaaten dazu verpflichten, mindestens zwei Wochen Vaterschaftsurlaub und mindestens acht Wochen Elternzeit einzuführen.

Bisher konnten einzelne Firmen bessere Lösungen anbieten, als gesetzlich vorgeschrieben, andere erhalten gar nichts. Dabei wissen alle Familien in der Schweiz: Nach der Geburt 10 Tage frei zu haben um die Mutter zu entlasten, ist zumindest ein kleiner Schritt in Richtung Gleichstellung. Darum: Bitte stimmt JA für die Initiative, damit wir danach den nächsten Schritt angehen können.

Es gibt keine Wortmeldungen.

#### **Abstimmung:**

**Antrag GL:** JA-Parole

**Abstimmung:** Der Parteitag beschliesst einstimmig die JA-Parole.

### **5.4 Beschaffung neuer Kampfflugzeuge**

Tamara Funicello, Nationalrätin SP, stellt die Vorlage vor.

Sie wird sich sehr kurz halten: Der Komiker Renato Kaiser fasst es so zusammen:

«Bundesrat 2014 Wollt ihr Kampffjets für 3.1 Milliarden?- Stimmvolk: Nä-ä! - Bundesrat 2020: Jetzt vielleicht? Es kostet auch viel mehr.»

Wir sollten auch wieder sagen «Nä-ä!» Es geht um 24 Milliarden Kosten in Zeiten der Corona-Krise. Und gleichzeitig gibt es angeblich kein Geld um dem Pflegepersonal gute Arbeitszeiten zu garantieren, die AHV zu finanzieren (ausser via Erhöhung des Rentenalters), für einen Elternschaftsurlaub, und auch keine Geld, um Informationsbroschüren zu Anlaufstellen gegen Häusliche Gewalt. An die Haushalte zu schicken, obwohl alle vier Wochen eine Frau zuhause stirbt. Wann ist in der Schweiz zum letzten Mal jemand bei einem Luftangriff gestorben? Es dürfte schon etwas länger her sein als vier Wochen. Wir brauchen das Geld für die AHV, für neue und gute Jobs. In den genannten Bereichen brauchen wir Sicherheit, denn da gibt es Gewalt.

Vielleicht braucht es eine Luftpolizei, aber der Bundesrat hat hier über die Stränge geschlagen, darum schicken wir die Vorlage zurück. Sagen wir auch 2020 noch einmal: «Nä-ä!»

Es gibt keine Wortmeldungen.

#### **Abstimmung:**

**Antrag GL:** NEIN-Parole

**Abstimmung:** Der Parteitag beschliesst bei zwei Gegenstimmen und ohne Enthaltungen die NEIN-Parole.

### **5.5 Jagdgesetz**

**Andrea Rüfenacht**, Grossrätin SP, stellt die Vorlage vor.

Wolf oder nicht Wolf? Das ist nicht die einzige Frage, die sich stellt beim neuen Jagdgesetz. Das Gesetz umfasst viel interessantere Punkte, ohne, dass sie bekannt wären.

Offenbar wird es bei dieser Abstimmung am knappsten: PolitologInnen sagen, es sei ein Bauchentscheid, der von allen Vorlagen am wenigsten wichtig ist. Darum kommen hier noch ein paar sachliche Gründe für das «Zurück an den Absendender»:

Es geht nicht einfach um den Wolf, sondern um das Gleichgewicht: Auf Wanderungen hat Andrea bereits Gämsen, Rehe und sogar einen Hirsch gesehen, einen Luchs oder Wolf dagegen noch nie. Dennoch ist ihre Präsenz im Kanton Bern gut sichtbar: Die Waldbestände können sich gut verjüngen und erhöhen, junge Bäume können also nachwachsen. Ohne Luchs und Wolf gibt es zu wenig Kontrolle für den Wildtierbestand, der für den Schaden verantwortlich ist. Das wäre also ein wichtiges Argument für den Schutz der Grossraubtiere. Wir schwächen

Der Bundesrat kann mit dem neuen Gesetz alleine entscheiden, welche geschützten Tiere noch auf die Abschussliste kommen: Biber, Hasen, Schnepfen - einfach alles, was derzeit geschützt und noch nicht einfach abschussbereit ist.

Und die Kantone können per Umweg via Bund einfach geschützte „Problemtiere“ abschiessen lassen. Dafür reicht die Einschätzung, sie hätten sich «zu sehr an Menschen gewöhnt». Dann dürfen Tiere präventiv geschossen, je nachdem, was die Kantone bestimmen. Und dort ist die Sache dann klar: in einigen Kantonen wird es keine Luchse oder Wölfe mehr geben.

Das Jagdgesetz bietet auch für die Jagd keine Verbesserung, weil auch sonst viel geändert wird. So ist auch keine Sanierung der Wildtierkorridore vorgesehen.

Es handelt sich bei der Vorlage schlicht um ein Abschussgesetz, deshalb muss es abgelehnt werden. Wenn schon Bauchentscheid gefällt wird, dann in die richtige Richtung-

Es gibt keine Wortmeldung

### **Abstimmung:**

**Antrag GL:** NEIN-Parole

**Abstimmung:** Der Parteitag beschliesst bei zwei Gegenstimmen und einer Enthaltung die NEIN-Parole.

## **6 FINANZGESCHÄFTE**

### **6.1 Bericht Geschäftsprüfungskommission**

**Katrin Meister** stellt den Bericht der GPK vor.

Ihre Rede wird weniger emotional als die vorherigen, die GPK macht einfach ihre Arbeit.

2019 hat die GPK eine Sitzung und ein Treffen mit der Parteileitung durchgeführt, den Rest ihrer Arbeit konnte sie per Emailverkehr erledigen.

Aktuell sind in der GPK Matthias Burhalter (Präsident ad interim), Regina Fuhrer-Wyss (Vertretung Fraktion), Ladina Kirchen, Katrin Meister und Angelika Neuhaus.

2019 haben sie sich hauptsächlich mit Sektionsstatuten und den personalrechtlichen Regelungen der SP Kanton Bern auseinandergesetzt. Zudem hat eine Delegation der GPK die Jahresrechnung der SP Kanton Bern revidiert. Dabei wurden keine Fehler aufgedeckt und Fragen wurden kompetent beantwortet. Katrin dankt Karin Amatucci für Arbeit und der Geschäftsleitung für die gute Zusammenarbeit.

Zudem sagt sie noch etwas zu Traktandum 8: Aktuell werden für die GPK noch neue Leute gesucht. Wie gerade gehört gibt das Amt nicht sehr viel zu tun: 1-2 mal jährlich eine Sitzung in Bern, ab und zu etwas Lektüre von Sektionsstatuten. Zudem werden der GPK die Protokolle von PL und GL zugestellt, die sehr interessant und natürlich sehr geheim sind. Aus statutarischen Gründen sind wir aktuell mehr an Männern interessiert, da eine Geschlechtervertretung von mindestens 40% vorgesehen ist. Wenn sich als jemand angesprochen fühlt, kann man sich einfach bei der Kantonalpartei melden. Liebe Männer überlegt es euch!

**Cédric Némitz** dankt Katrin für das Vorstellen des Berichts. Der Appell ist draussen. Er dankt zudem der GPK für ihre wichtige Arbeit bei heiklen Aufgaben.

## 6.2 Jahresrechnung 2019 und Décharge-Erteilung

David Stampfli stellt die Rechnung 2019 vor.

Den Bericht der GPK haben die Anwesenden schon gehört. Auch die Rechnung wurde mit den Unterlagen verschickt.

Einnahmen: Erfreulich ist, dass wir deutlich höhere Einnahmen hatten als budgetiert. Entsprechend können wir mehr Geld im Wahlfonds belassen als ursprünglich geplant, der Fonds verfügt also über genügend Mittel für weitere Jahre. Die Einnahmen bei den Mitgliederbeiträge sind leider etwas gesunken, dafür haben wir beim Solidaritätsbeitrag und bei den Spenden höhere Einnahmen. Insgesamt schliessen wir mit einem Minus von 912 CHF.

Ausgaben: Es war nationales Wahljahr, darum gab es weniger Abstimmungen. Dafür haben wir viel in die Wahlen investiert, insbesondere die Ausgaben für die Ständeratswahlen waren über Budget, weil wir ja einen erfolgreichen zweiten Wahlgang durchführen mussten.

Es gibt keine Fragen oder Wortmeldungen.

### Anträge GL:

- Genehmigung Rechnung und Bilanz
- Décharge der Organe

**Abstimmung** (in globo): Der Parteitag genehmigt die Rechnung 2019 und erteilt den Organen die Décharge-

## 6.3 Finanzplan 2021-23 und Festsetzung der Mitgliederbeiträge

**David Stampfli** stellt den Finanzplan 2021-23 kurz vor.

Der Finanzplan wurde mit den Unterlagen verschickt. Auch in den nächsten Jahren ist weiterhin ein ausgeglichener Finanzhaushalt vorgesehen, insbesondere haben wir auch genügend Mittel für die nächsten Gross- und Regierungsratswahlen.

Es ist vorgesehen, den Mitgliederbeitrag pro Mitglied unverändert bei 43 CHF zu belassen.

### Anträge GL:

- Genehmigung Finanzplan 2021-23
- Festlegen der Mitgliederbeiträge auf 43 CHF/Jahr.

**Abstimmung** (in globo): Der Parteitag genehmigt Finanzplan und Mitgliederbeiträge einstimmig.

## 7 STATUTEN

Es handelt sich bei der Revision um kleine Korrekturen, die vorgenommen werden müssen. Der Vorschlag wurde mit den Unterlagen verschickt.

Es gibt keine Wortmeldungen.

**Abstimmung:** Der Parteitag genehmigt die überarbeiteten Statuten einstimmig.

## 8 GESCHÄFTSPRÜFUNGSKOMMISSION

**Elisabeth Striffeler**, Fraktionspräsidentin SP/JUSO/PSA, sagt es kurz und knapp: Männer meldet euch für die GPK, damit die Ersatzwahlen am November-Parteitag nicht noch einmal verschoben werden müssen.

## 9 RESOLUTIONEN

Es sind keine Resolutionen eingegangen.

## 10 VERSCHIEDENES

Es gibt keine Wortmeldungen

## 11 SCHLUSS DES PARTEITAGES

**Elisabeth Striffeler**, Fraktionspräsidentin SP/JUSO/PSA, fasst den Parteitag zusammen.

Es ging um Worte oder Taten. Wir haben gehört, dass es die SP nach Covid-19 mehr denn je braucht. Wir sind sehr froh, dass wir national und kantonale sozial denkende SP-Lichtfiguren haben. Solidarität ist mehr denn je gefragt. Man darf linken Männern vertrauen, darum suchen wir sie auch für die GPK. Die Elternzeit stärkt die Bindung und es sind keine Ferien. Darum ist es ganz wichtig: Das Unterschriftensammeln ist notwendig, so kommen wir Schritt für Schritt ans Ziel.

Wir wollen uns nicht begrenzen lassen, wollen eine Kinderdrittbetreuung für alle statt für wenige, wollen keine halben Sachen, wie zum Beispiel Guccitäschli. Wir sind bereit für bescheidene zwei Wochen Vaterschaftsurlaub, sagen «Nei merci» zu den Flugzeugen und ziehen stattdessen Wolf und Fuchs vor.

Elisabeth dankt allen ihr Kommen und wünscht ihnen eine gute Heimreise. Blibet gsung!

Der nächste Parteitag findet am 27.01.2020 in Bern statt.

Der Parteitag ist geschlossen.

Schluss des Parteitags 12:00 Uhr.

Für das Protokoll



Zora Schindler

- StimmzählerInnen
- Mandatskontrolle